



Flossbach von Storch
STIFTUNG

Herrn
Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2066

Per E-Mail an: bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Köln, 15. September 2023

Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken Antrag
der Fraktion der FDP, Drucksache 20/830
Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen Alternativantrag der Fraktionen
von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 20/978

Sehr geehrter Herr Habersaat,

für die Einladung zur Teilnahme an dem Anhörungsverfahren des Schleswig-Holsteinischen Landtags zur politischen und wirtschaftlichen Bildung (Drucksachen 20/830 und 20/978) danken wir Ihnen und nehmen die Gelegenheit wahr, vorab schriftlich Stellung zu nehmen.

Die gemeinnützige Flossbach von Storch Stiftung widmet sich satzungsgemäß der Förderung von Bildung, Erziehung und Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzbildung und ist in drei Tätigkeitsfeldern aktiv. Wir betreiben operative eigene Projekte und unterstützen Projekte Dritter, wir fördern Wissenschaft, Forschung und Lehre im Bereich der Ökonomischen Bildung und engagieren uns bildungspolitisch im Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e. V. (BÖB).

Das Bildungssystem muss große Herausforderungen meistern, wie den Lehrkräftemangel, die Digitalisierung von Schule, die Bewältigung von Post-Corona-Entwicklungen sowie die abnehmende Leistungsqualität. Eine weitere ist die feste Verankerung von Ökonomischer Bildung. Denn solange nicht alle Schülerinnen und Schüler solide Grundlagenkenntnisse im Bereich Wirtschaft und Finanzen in der allgemeinbildenden Schule erwerben, bleibt unser Bildungssystem weiterhin in höchstem Maße unfair, räumt Kindern und Jugendlichen nicht die gleichen Chancen ein und sorgt nicht für Bildungsgerechtigkeit. Nur in der allgemeinbildenden Schule können junge Menschen Basiswissen über Wirtschaft und Finanzen gemäß dem Beutelsbacher Konsens, d. h. schülerorientiert, objektiv und nicht überwältigend, erhalten. Es gibt nach der Schule keine Lebensphase mehr, in der alle Menschen mit entsprechenden Bildungsinhalten erreicht werden können. Dabei ist wichtig, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenhänge grundlegend zu verstehen. Unmittelbar nach der Schule stehen in der Regel wirtschaftliche Entscheidungen größeren und längerfristigen Ausmaßes an. Wenn Entscheidungen nicht auf der Basis von

Flossbach von Storch Stiftung
Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-950, Fax +49. 221. 33 88-101, verena.vonhugo@fvs-stiftung.de



Grundlagenwissen und Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen sowie einer individuellen Werte- und Persönlichkeitsbildung getroffen werden, überlässt man junge Menschen dem Erfahrungswissen – und das kann sie teuer zu stehen kommen. Ökonomische Bildung vermittelt existenzielle Zukunftskompetenzen. Diese Überzeugung ist inzwischen weit verbreitet, wie auch die Anträge der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie die Aussprache aller Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 14. Juni 2023 laut Protokoll zeigen. Es ist positiv festzuhalten, dass in Schleswig-Holstein der politische Wille besteht, Verbesserungen für die Politische und die Ökonomische Bildung voranzutreiben und dem Fach Wirtschaft/Politik mehr Raum zu geben.

Ökonomische Bildung gehört – wie auch die Politische Bildung – zu einer modernen Allgemeinbildung und ist daher in hinreichendem Umfang und für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich zu verankern. Verbindlich bedeutet, dass das Fach Wirtschaft/Politik mit dem erweiterten Umfang von zunächst vier Jahreswochenstunden weiterhin im Pflichtbereich – und nicht im Wahlpflichtbereich – angesiedelt wird. Der Umfang von vier Jahreswochenstunden als Mindestkontingent wie im Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gefordert, ist ein erster richtiger Schritt. Perspektivisch sollte das Ziel der Empfehlung der Kultusministerkonferenz, der Wirtschaftsministerkonferenz, von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Arbeitgeberverbänden aus dem Jahr 2003 (https://sowi-online.de/sites/default/files/documents/reader/wmk-kmk-bda-bdi-dihk-zdh-dgb_kerncurriculum-wirtschaft-2003_0.pdf) entsprechen und 200 Stunden in der Sekundarstufe I für die Ökonomische Bildung, also sechs Jahreswochenstunden, z. B. drei Jahre à zwei Unterrichtsstunden, anpeilen. Für die Politische Bildung wäre das gleiche Maß anzusetzen.

Bei dem Integrationsfach Wirtschaft/Politik ist grundsätzlich darauf zu achten, dass die politischen und ökonomischen Bildungsinhalte ausgewogen unterrichtet werden. Die Zeitkontingente sind jeweils hälftig der Politischen und der Ökonomischen Bildung zuzuordnen. Bildungsziele und -standards sind zu definieren und die Leistungsqualität zu sichern, beispielsweise indem die bestehenden Einheitlichen Prüfungsanforderungen Wirtschaft der Kultusministerkonferenz bei den ökonomischen Bildungsinhalten im Zentralabitur angewendet und ähnliche auch für die Abschlussprüfungen der Sekundarstufe I entwickelt und zugrunde gelegt werden.

Warum es wichtig ist, Ökonomische Bildung in hinreichendem Umfang und verbindlich und das Integrationsfach Wirtschaft/Politik im Pflichtbereich mit gleichen Anteilen zu verankern, wird deutlich, wenn man die großen gesellschaftlichen Herausforderungen betrachtet und reflektiert, was die Ökonomische Bildung zu ihrer Bewältigung beitragen kann:

- **Finanzbildung** – für individuelle Finanzkompetenz zur Vorsorge vor dem Hintergrund des aufgrund der demografischen Entwicklung an seine Grenzen stoßenden deutschen Rentensystems, gegen Altersarmut und als Beitrag zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe in finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht – auch für vulnerable und einkommensschwache Zielgruppen, für finanzielles Wohlergehen sowie für mehr



Finanzstabilität (s. National Strategies for Financial Education, OECD/INFE Policy Handbook: www.oecd.org/finance/financial-education/national-strategies-for-financial-education-policy-handbook.htm)

- **Verbraucherbildung** – für mündige Konsumentinnen und Konsumenten, gegen Ver- und Überschuldung – insbesondere junger Menschen: Laut Statistischem Bundesamt sind in Deutschland 8,48 Prozent der Bevölkerung, also rund 5,88 Millionen Menschen in Deutschland überschuldet, davon 6,65 Prozent, also rund 390.000 der unter 30-Jährigen.
- **Bildung für Nachhaltige Entwicklung** – für einen bewussten Umgang mit Ressourcen und eine sich gegenseitig befruchtende Nutzung von Ökologie und Ökonomie
- **Entrepreneurship Education** – für einen gesunden Gründergeist, für die Nachfolge im deutschen Mittelstand und für eine agile Arbeitswelt, in der auch für nicht selbstständig Erwerbstätige Verantwortungsübernahme und Selbstbestimmung eine zunehmende Rolle spielen
- **Digitalität / IT** – für Orientierung und Verständnis rund um die Transformation von Wirtschaft und Berufen, gegen den Fachkräftemangel
- **Wirtschaftsbürgerbildung** – für das Verständnis von Wirtschaftsordnungen und unserer Sozialen Marktwirtschaft, für Demokratiebildung
- **Ethik & Persönlichkeitsbildung** – für verantwortliches Handeln im individuellen und gemeinschaftlichen Kontext sowie Kennenlernen der eigenen Stärken, Präferenzen und Wünsche
- **Berufs- und Studienorientierung** – für selbstbestimmte Ausbildungsentscheidungen, zur Vorbereitung auf einen stetigen Wandel in der Berufs- und Arbeitswelt, gegen Fachkräftemangel und eine Überakademisierung

Damit diese wichtigen Bildungsanliegen nachhaltig unterrichtet werden können, ist der genannte Umfang von zunächst vier und künftig bis zu zwölf Jahreswochenstunden für Wirtschaft/Politik (jeweils sechs für Politische und Ökonomische Bildung) elementar. Wieviel Potenzial für Verbesserungen besteht, zeigt die OeBiX-Studie (www.flossbachvonstorch-stiftung.de/de/oebix-studie/schleswig-holstein/).

Das schleswig-holsteinische Landeskonzept zur Entrepreneurship Education ist vor diesem Hintergrund ein wertvoller Ansatz. Um dieses Landeskonzept im Kontext der oben genannten vielfältigen Bezüge und Herausforderungen nachhaltig im allgemeinbildenden Schulsystem zu verankern, wird Folgendes empfohlen:

- Über die Empfehlung hinaus ist eine **verpflichtende Umsetzung** des Konzepts wünschenswert, damit im Sinne von gerechter Bildung und gleichen Chancen alle Schülerinnen und Schüler in den Genuss des Landeskonzepts kommen.
- Es sind **Zuständigkeiten** zu klären, wer in der Schule das Landeskonzept umsetzen soll.
- Es ist ein **Zeitdeputat** zu definieren und zu klären, woher es kommen soll.
- Auch eine **Zuordnung zu Ankerfächern** ist notwendig, da als reine Querschnittsaufgabe gute Ansätze bei den vielfältigen Aufgaben, die Lehrkräfte heute in Schule bewältigen müssen, drohen, durch das Raster zu fallen.



- Neben Kompetenzen und der Persönlichkeitsentwicklung sollte der Erwerb von **ökonomischem Fachwissen** gestärkt werden.
- Es braucht eine **Koordinierungsstelle** für Anfragen von Lehrkräften sowie für die Vernetzung und den Austausch zwischen den Schulen.
- Eine **wissenschaftliche Evaluation** sollte die mittel- und langfristige Wirksamkeit des Landeskonzepts Entrepreneurship Education messen und Grundlage für seine Weiterentwicklung werden.

Es ist zentral, dass die Fraktionen und auch die Regierung in Schleswig-Holstein die Vielfalt und Relevanz der Ökonomischen Bildung anerkennen und ihr in ihrer eigenen Fachwissenschaftlichkeit und Didaktik den gleichen und gleichwertigen Raum wie der Politischen Bildung einräumen – in höherem Maße als dies bisher der Fall ist und als dies in den Anträgen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP-Fraktion zum Ausdruck kommt. Nur so kann neben der Politischen Bildung auch die Ökonomische Bildung gestärkt werden.

Um den Bedarf an Lehrkräften für das Fach Wirtschaft/Politik zu decken, kann die Einrichtung von Lehramt-Erweiterungsstudiengängen Wirtschaft, wie die Universität Siegen in NRW ihn praktiziert, als Vorbild dienen: www.wiwi.uni-siegen.de/wiwi/wid/studierendenportal/studiengaenge/erweiterungsstudiengang_wirtschaft/erweiterungsstudiengang_wirtschaft.html. Dort können Studierende eine dritte Lehrbefähigung durch ein zusätzliches Studienfach mit reduzierten Leistungspunkten (LP) erwerben. Der Zuspruch ist groß und es zeigt sich, dass weit mehr als die Hälfte der Studierenden bereits in den regulären Fächern mit ökonomischen Bildungsinhalten immatrikuliert ist und die Fachlichkeit im Bereich Ökonomischer Bildung vertiefen möchte und die anderen Studierenden das Fach Wirtschaft als relevant ansehen und die dritte Lehrbefähigung als wertvolle Qualifikation und Differenzierungsmerkmal, als Verbesserung der Einsetzbarkeit an Schule und des eigenen „Marktwertes“ bewerten. Der Lehramt-Erweiterungsstudiengang Wirtschaft kann als Blended-Learning-Angebot auch für die Fortbildung von Lehrkräften im Schuldienst weiterentwickelt werden.

Um die Vielfalt der Ökonomischen Bildung, die Lebensweltbezüge für Schülerinnen und Schüler und die Umsetzung im Unterricht für Lehrkräfte besser zu veranschaulichen, schlagen wir vor, analog zum Landesbeauftragten für Politische Bildung auch eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für Ökonomische Bildung zu installieren. Aus der fundierten Fachlichkeit und Didaktik jeweils der Politischen und der Ökonomischen Bildung heraus erhalten Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler auf diese Weise sich ergänzende Grundlagenbildung, Sichtweisen, Kompetenzen und Methoden und lernen kritisches Denken und Handeln aus zwei Perspektiven auf einem hohen und gesicherten Bildungsniveau.

Die Vielzahl an außerschulischen Lernorten und -partnern im Bereich der Ökonomischen Bildung rechtfertigt die Stelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten und macht ihre bzw. seine Arbeit zu einem nützlichen Service für Schulen und Lehrkräfte, z. B. im Hinblick auf die Teilnahme an Aktionswochen und Wettbewerben, die Durchführung von Planspielen, Praktika,



Tagesworkshops zu diversen Wirtschafts- und Finanzthemen, Exkursionen und Dialogveranstaltungen.

In der Politischen und der Ökonomischen Bildung geht es darum, jungen Menschen Orientierung durch Bildung zu geben. In beiden Bereichen gibt es Verbesserungspotenzial. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind keine Gegensätze – sie ergänzen und befruchten sich und haben Schnittmengen. Wir empfehlen daher, das Fach Wirtschaft/Politik in allen Schulformen verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler mit vier Jahreswochenstunden als Mindestkontingent in der Sekundarstufe I zu verankern und sukzessive weiter auszubauen sowie eine Stelle für eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für Ökonomische Bildung zu schaffen und zu besetzen.

Es geht um Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und wirksame Demokratiebildung, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Das wirkt sich positiv auf die gesamte Gesellschaft aus: Wer etwas von Wirtschaft und Finanzen versteht, hat es einfacher mit Leben, kann reflektierter Entscheidungen für sich treffen, hat eine geschulte Urteilskompetenz und ist weniger anfällig für das Schüren von Ängsten und Neid und damit weniger empfänglich für Populismus, Extremismus, Diskriminierung, Hate Speech, Fake News und Verschwörungstheorien. Es geht um eine politisch und wirtschaftlich stabile Gesellschaft.

Dafür setzen wir uns ein und plädieren für eine Stärkung der Politischen und der Wirtschaftlichen Bildung durch mehr Raum für das Fach Wirtschaft/Politik in der Stundentafel allgemeinbildender Schulen in Schleswig-Holstein – auch als Vorreiter für andere Bundesländer.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Verena von Hugo
Vorständin
Flossbach von Storch Stiftung

Anlage: OeBiX Studie Länderreport Schleswig-Holstein